

POLITIK IN KÜRZE

Väter bekommen mehr Elterngeld als Mütter

WIESBADEN. Väter bekommen im Durchschnitt fast 440 Euro mehr Elterngeld als Mütter, wenn sie wegen ihrer Kinder im Job pausieren. Das hat das Statistische Bundesamt für im Jahr 2012 geborene Kinder ausgerechnet. Im bundesweiten Mittel lag der Elterngeldanspruch im ersten Bezugsmonat bei 803 Euro. Dabei gab es deutliche Unterschiede bei den Geschlechtern, wie das Amt gestern mitteilte. Für Väter lag der durchschnittliche Anspruch bei 1140 Euro, für Mütter bei 701 Euro. Ein Grund: Die Väter waren zuvor häufiger berufstätig. (dpa)

Neonazi soll Kind missbraucht haben

RUDOLSTADT. Der frühere Kopf der Neonazi-Gruppe „Thüringer Heimatschutz“, Tino Brandt, sitzt wegen des Verdachts des Kindesmissbrauchs in Untersuchungshaft. Das sagte der Leitende Oberstaatsanwalt Thomas Villwock gestern in Gera. Der Verdacht des sexuellen Missbrauchs eines Kindes habe sich nach Zeugenvernehmungen ergeben. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Brandt zudem wegen des Verdachts der Zuhälterei. Er soll unter anderem minderjährige Jungen sowie Männer an Freier vermittelt haben. (dpa)

Zum Tode verurteilte Christin wieder frei

KHARTUM. Die im Sudan zum Tode verurteilte Christin ist nach einer erneuten Festnahme wieder frei. Die 26-jährige Meriam Jahia Ibrahim Ischag sei in der US-Botschaft in der Hauptstadt Khartum, sagte ihr Anwalt Mohamad Mustafa der Nachrichtenagentur AFP. Ischag und ihr Mann, ein aus dem Südsudan stammender US-Bürger, seien nach Todesdrohungen der Ansicht, dass sie dort in Sicherheit seien. Der Sprecher der Botschaft war zunächst nicht für eine Stellungnahme zu erreichen. Ischag war am Montag aus dem Gefängnis freigekommen, nachdem ein Berufungsgericht das Todesurteil gegen sie aufgehoben hatte. Am Dienstag wurde sie am Flughafen jedoch erneut festgenommen. (afp)

Verfassungsschutz schaut auf soziale Netze

MÜNCHEN. Der deutsche Inlandsgeheimdienst will soziale Medien wie Facebook, Youtube oder Twitter schärfer unter die Lupe nehmen. Zur Abwehr von Terroristen und Extremisten werde eine neue Referatsgruppe Informationen aus diesen Netzwerken „besser auswerten“, kündigte das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) gestern an. Für Aufsehen sorgte ein Bericht über den Auslandsgeheimdienst: Der BND soll jahrelang Telefongespräche an die USA weitergeleitet haben. (afp)

Bombenanschlag erschüttert Nigeria

ABUJA. Mutmaßliche Islamisten haben in Nigerias Hauptstadt Abuja bei einem Anschlag mehr als 20 Menschen getötet. Viele der Opfer seien bei dem Angriff auf das Einkaufszentrum „Banex Plaza“ bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt oder verbrannt worden, erklärten Augenzeugen. 17 weitere Menschen wurden verletzt. Präsident Goodluck Jonathan sagte seine Teilnahme am Gipfeltreffen der Afrikanischen Union (AU) ab. Obwohl sich zunächst niemand zu der Tat bekannte, soll es sich bei den Attentätern um Mitglieder der Terrorgruppe Boko Haram handeln. (dpa)



Die Bombe in Abuja explodierte vor einem Einkaufszentrum. Foto: dpa

Ex-General über Afghanistan: Ein Einsatz ohne Ziel

VERTEIDIGUNG Rainer Glatz nennt die größten Fehler der Mission am Hindukusch. An der Universität Regensburg erklärt er, welche Lehren sich daraus ziehen lassen.

VON STEFAN STARK, MZ

REGENSBURG. Als „Kriegstreiber“ und „Reaktionär“ musste sich Bundespräsident Joachim Gauck beschimpfen lassen. Er hatte in einem Interview gesagt, im Kampf für Menschenrechte oder für das Überleben von Menschen sei es manchmal erforderlich, „auch zu den Waffen zu greifen“. Kurz bevor die letzten Kampftruppen der Nato aus Afghanistan abziehen, begab sich Gauck auf vermintes Gelände. Das Ende des Einsatzes am Hindukusch steht symbolisch für die Kriegsmüdigkeit des Westens. Große Teile der Bevölkerung sind solcher Missionen überdrüssig, wie Umfragen belegen.

Kritische Töne schlug gestern auch Ex-General Rainer Glatz bei einer Expertenkonferenz an der Universität Regensburg an – jedoch nicht wegen Gauck. „Ich glaube nicht, dass alle Probleme dieser Welt militärisch zu lösen sind. Und ich glaube auch nicht, dass der Bundespräsident das so gemeint hat“, erklärte Glatz bei einem Kongress über die westliche Interventionspolitik seit dem Kalten Krieg. „Es gibt andere Möglichkeiten des Engagements“, sagte der ehemalige Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr – und verwies auf Afghanistan. Denn am Hindukusch werde deutlich, wie sehr die Wahrnehmung des deutschen Einsatzes und die Wirklichkeit auseinanderklaffen.

Viele Meinungen, viel Unsicherheit

Resultate des Afghanistan-Einsatzes seien „zweifellos hohe Kosten, inzwischen etliche Opfer – aber Wirkungen, Erfolge? Hierzu gibt es viel an Meinungen, weniger an soliden Kenntnissen, vor allem viel Unsicherheit“ zitierte Glatz den Verteidigungsexperten der Grünen, Winfried Nachtwei. Einer der Hauptgründe dafür sei, dass es nie eine zusammenhängende und unabhängige Bestandaufnahme zu den militärischen und den politi-

Ex-General Rainer Glatz



schon Aspekten der Afghanistan-Mission gegeben habe. Angesichts der Debatte in Deutschland, bei der zuletzt die Sinnhaftigkeit des ganzen Einsatzes in Frage gestellt wurde, sei das „ein strategisches Versäumnis“, so Glatz. Dadurch gerate ein Hauptaspekt außer Sicht – was deutsche Auslandseinsätze nämlich wirklich bedeuten.

Glatz zitierte erneut den Afghanistan-Experten Nachtwei: „Bis auf Geiselnbefreiungen sind es nie isolierte Militäreinsätze, sondern immer Teil von umfassenden, internationalen Krisenengagements mit diplomatischen, zivilen, polizeilichen, militärischen Akteuren. Die Öffentlichkeit nimmt von solchen Krisenengagements fast nur die militärische Seite wahr“, hatte der Grüne über Auslandseinsätze gesagt. Dabei stehe der militärische Aspekt eher im Hintergrund, sagte Glatz: Beim Afghanistan-Einsatz betrage der Anteil von Nation Building und State Building – also dem Aufbau eines Nationalstaats sowie staatlicher Strukturen – 75 Prozent. Der Isaf-Einsatz unter Nato-Kommando, der im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehe, mache nur 25 Prozent aus.

Wie bei einer Aktiengesellschaft

85 Staaten, 15 Weltorganisationen und zeitweise bis zu 1700 Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen seien in Afghanistan aktiv gewesen, sagte Glatz. Der Ansatz sei also durchaus ganzheitlich gewesen – mit einem großen Manko: „Niemand hat die verschiedenen Spieler koordiniert. Es gab kein übergreifendes Gesamtmandat und keine integrierte Führung. Deshalb liefen mehrere Einsätze nebeneinander her.“ Bei der Isaf sei es wie bei einer Aktiengesellschaft: Der größte Shareholder gebe die Richtung vor. Der größte Truppensteller bei der Isaf sind die USA. Mangelnde Koordinierung sei im Übrigen keine Spezialität multinationaler Verbände. Ähnliches gelte auch für den deutschen Verantwortungsbereich, wo mindestens vier verschiedene Bundesministerien für Afghanistan zuständig seien.

Offen räumte Glatz ein, dass die Afghanistan-Mission ein „Einsatz ohne Ziel war“ – auch, weil sich die Ausgangslage und politische Vorgaben immer wieder geändert hätten. „Das erste Ziel war, dass Afghanistan kein Ausbildungslager der Taliban und von Al-Kaida wird. Später kam das zweite



Wohin geht die Reise? Eine deutsche Soldatin in Afghanistan. Fotos: dpa

RAINER GLATZ

► **Generalleutnant Rainer Glatz** war bis 2013 Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr. Er koordinierte 18 Auslandseinsätze. Von 2002 bis 2006 war er Kommandeur der Division Spezielle Operationen in Regensburg.

► **Darüber hinaus trug Glatz** die militärische Verantwortung für zwei erfolgreiche militärische Operationen zur Evakuierung deutscher Bürger aus Krisenregionen, 2006 aus dem Libanon und 2011 aus Libyen.

Ziel hinzu: Staatlicher Wiederaufbau und Demokratisierung. Hier hat der Trainer nicht mit dem Trainee gesprochen“, sagte Glatz. Denn eine Demokratisierung Afghanistans sei illusorisch. „Das dritte Ziel war es dann, das zweite Ziel zurückzunehmen.“

Ist 2014 nun der richtige Zeitpunkt für einen Abzug aus Afghanistan? Glatz sprach sich klar für ein „End Date“ aus. „Die Soldaten werden irgendwann nicht mehr als Befreier, sondern als Besatzer gesehen. Bevor

der Einsatz kippt, sollten sie gehen.“ Glatz plädierte für neue Wege von Konfliktlösungen. „Die Ukraine Krise und der arabische Frühling haben den Westen völlig überrascht. Deshalb brauchen wir bessere politische Analysefähigkeiten und eine bessere Krisenprävention. Außerdem müsse sich Europa darauf einstellen, dass sich die USA zunehmend dem asiatisch-pazifischen Raum zuwenden: „Europa wird scheitern, wenn es sich auf die Rolle des Beobachters beschränkt.“

„Deutschland blamiert sich wieder einmal“

Bundespräsident Joachim Gauck fordert von Deutschland, in Zukunft mehr militärische Verantwortung zu übernehmen. Hat er Recht?

Ja, absolut. Unsere Sicherheit und unsere Verlässlichkeit als Bündnispartner erfordern, dass wir das gesamte Spektrum von Friedensmissionen abdecken – auch die militärische Seite. Wir können uns nicht darauf verlassen, dass die USA dauerhaft unsere Handelswege sichern und Frankreich die Islamisten in Nord- und Zentralafrika zurückdrängt. Nur wenn wir als größte Nation Europas etwas Substantielles dazu beitragen können wir unsere Nachbarschaft stabiler machen.

Ist ein stärkeres Engagement der Bundeswehr überhaupt realistisch angesichts der ablehnenden Haltung der Bevölkerung?

Der Pazifismus der Deutschen erschwert diese Aufgabe bestimmt. Aber die Politik hat in den letzten 20 Jahren der Bevölkerung die Notwendigkeit mi-

litärischer Maßnahmen auch nicht wirklich erklärt. Bundespräsident Köhler hat eine wichtige Diskussion angestoßen, ist dann aber, als Standhaftigkeit gefragt war, einfach davongelaufen. Gauck schlägt in dieselbe Kerbe, tut dies aber konsequenter. Solange jedoch Kanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier schweigen, wird es zu der notwendigen Debatte nicht kommen.

Gauck legt den Finger in eine offene Wunde, weil es kein politisches Gesamtkonzept für die künftige Rolle der Bundeswehr gibt. Muss die Bundesregierung nicht endlich sagen, wohin die Reise geht – und wohin nicht?

Bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar klangen Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen

INTERVIEW

STEPHAN BIERLING
Professor für Internationale Politik an der Universität Regensburg

Haben Sie weitere Fragen? Schreiben Sie uns! nachrichten@mittelbayerische.de

so, als ob sie verstanden hätten, welchen Schaden die deutsche Nicht-Teilnahme bei internationalen Friedensmissionen anrichtet. Aber dieser Anfangselan ist verpufft. Es ist halt leichter, über die Bundeswehr als familienfreundlichen Arbeitgeber zu reden, als Kriterien für einen Einsatz der Streitkräfte zu diskutieren. Das würde Prinzipien und Rückgrat verlangen, und beides belohnen die Wähler nicht unbedingt.

Wie könnte eine neue Strategie aussehen?

Zivile und militärische Maßnahmen müssen Hand in Hand gehen, etwa beim Kampf gegen die Piraten am Horn von Afrika oder gegen die Dschihadisten in Nordafrika. Außerdem müssen alle Aktionen von einer breiten Koalition getragen werden. Und man braucht

die richtige Ausrüstung. Die Bundeswehr ist heute nur bedingt einsatzbereit. So können ihre beiden Transall-Transportflugzeuge in Mali bei Nacht und hohen Temperaturen nicht eingesetzt werden. Deutschland blamiert sich wieder einmal.

Auf Ihrem Kongress an der Universität Regensburg blicken Sie zurück auf 20 Jahre Interventionspolitik der Nato. Sind die Kriege im Irak und in Afghanistan ein Zeugnis des Scheiterns des Westens?

Die beiden Kriege muss man unterscheiden, der Irakkrieg war eine Riesendummheit, der Afghanistankrieg war notwendig. In beiden Kriegen haben wir gelernt, dass man realistischere Ziele verfolgen und sich der Aufgabe von Anfang an mit ganzer Energie widmen muss. Die Lehre, nie wieder zu intervenieren in Krisenherde, wäre die falsche. Die Balkankriege hat der Westen schließlich auch nur durch eine Intervention der Nato beenden können.

Interview: Stefan Stark, MZ